

Bericht von der BDK Kiel 25. bis 27. November 2011

Delegierte: Gabriela Seitz-Hoffmann

In der politischen Eröffnungsrede erörtert Claudia Roth die aktuellen politischen Schwerpunkte:

1. **Rechtsextremismus.** Claudia klagt die Morde in Deutschland an. Sie nennt alle Opfernamen und fragt nach der Rolle von Polizei und Verfassungsschutz. Das "Wir" wurde erschüttert. Seit Jahren gäbe es Warnung vor Neo-Nazis, seit Jahren seien die Ermittlungsbehörden blind. Sie spricht sich klar für ein NPD-Verbot aus. Dafür müsste die Verbindung zu V-Leuten abgebrochen werden. Sie mahnt eine starke Zivilgesellschaft an und geht auf die Extremismus-Klausel ein, die Familienministerin Schröder im besonderen von Gruppen unterschreiben lässt, die sich gegen nationalsozialistische Tendenzen einsetzen. Diese müssten nachweisen, dass sie auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen.
2. **Europa:** Für das Auftreten von Frau Merkel in Europa findet sie die Vokabel "Zuchtmeisterin", Claudia lobt ausdrücklich Occupy und attac. Sie fordert eine massive Bankenregulierung und setzt sich für Eurobonds ein. Wir bräuchten mehr Europa, also eine europäische Wirtschaftspolitik bzw. -regierung, eine gemeinsame Finanzpolitik, das EU-Parlament soll gestärkt werden.
3. **Klima:** 2010 Zunahme hat eine Zunahme an CO2 um 6 % gebracht und keinen Rückgang. Ausblick auf Weltklimagipfel Durban. Er muss Ergebnisse bringen.
4. **Hunger und Armut:** Dieses Thema würde außer von den Kirchen nur noch von uns Grünen überhaupt thematisiert. Sie spricht sich gegen Nahrungsmittelspekulationen aus, mahnt Solidarität mit den Armen an. Für sie steht fest, dass **Finanzen, Klima und Armut** zusammen hängen.
5. **Steuersenkung:** Dies sei nur eine Hilfe für die FDP und eine Scheinheiligkeit (=Hypokrisie). Wir bräuchten statt dessen einen verantwortungsbewussten Staat, keinen schlanken Staat. Bei der gerechten Bund-Länder-Finanzierung dürften die Kommunen nicht vergessen werden.
6. **Vermögen in Deutschland:** 10 % der Bevölkerung halten 50% des Vermögens, 22 % aller Vollzeitbeschäftigten verdienen unter dem Limit. Deshalb sei die Linie ganz klar für einen gesetzlichen Mindestlohn.
7. **Kinderbetreuungsgeld.** Die sogenannte "Herdprämie" sei für sie ein spätpatriarchalischer Reflex.
8. **Pflegeversicherung:** Frage der Pflege dürfte nicht in neoliberale Hände gelangen, das wäre zu schwer zu bezahlen. Ein Leben in Würde sollte für alle möglich sein.
9. **Gorleben:** Die Endlagersuche müsse weitergehen, Gorleben bezeichnet sie als "Schwarzbau".
10. **Energiewende:** Hier bemängelt sie, dass Rösler keine Einsparziele sähe. Schwarzgelb hätte auf allen Feldern versagt. Kein Konzept **FAZIT: Benzin im Blut und Beton im Kopf ist keine Lösung**

Sie beendet ihre Rede mit einem Rückblick auf ein erfolgreiches 2011(16 Landtrage, 5 Regierungsbeteiligungen, 1 MP) und Hoffnung auf 2012 (Landtagswahlen in Schleswig-Holstein) und 2013 (Landtagsawahlen in Niedersachsen und Bayern) plus Bundestagswahl.

Wichtig ist ihr mit Blick auf den Bundestag eine Machtperspektive zu sehen, um Inhalte auch umzusetzen, Merkel wolle die große Koalition, die Grünen wollen kein Junior, kein Anhängsel kein Beiboot der SPD sein.

Unsere Stärken seien Glaubwürdigkeit, Geschlossenheit (streitbar) Kreativität, Autentizität. Die Grünen vertreten einen neuen Politikstil: **hörbar machen und gehört werden.**

**Zu unserem großen Thema "Mehr Demokratie ist die Lösung" sprach als Gast
Moritz Leuenberger, Ex-Bundespräsident der Schweiz**

Ein Referendum ist in der Schweiz keine Notbremse, sondern der Normalfall. Mindestens 4 mal im Jahr werden die Schweizer zum Referendum aufgefordert. Dabei geht es um ganz unterschiedliche Dinge, z.B. Straßen- oder Schienenbaumaßnahmen, aber auch Parkgebühren in der Innenstadt u.a. Wichtig dabei ist, dass sich die BürgerInnen bereits im Vorfeld informieren. Also sollte möglichst ein Kompromiss gefunden werden, über den dann abgestimmt wird. Die Minderheit sollte sich im Ergebnis wiederfinden können. **"Die Demokratie darf nicht zur Diktatur der Mehrheit verkommen."**

In der Schweiz wird ein Gesetzentwurf bereits zur "Vernehmlassung" an alle Parteien und an alle sonstigen NGOs verteilt. So gab es zum Beispiel zum Bau des Gotthard-Tunnels, fünf Volks-Abstimmungen. Unter anderem wurde da festgelegt, dass Güter besser per Bahn als auf der Straße transportiert werden sollen, außerdem die Linienführung des Tunnels. Es wurde die Finanzierung Finanzierung durch Fonds für LKW-Maut festgemacht. Letzte Abstimmung regelte dann noch ein bilaterales Abkommen mit der EU.

Leuenberger wies darauf hin, dass Volksabstimmungen unabhängig von Wahlen und Parteien seien, sie sind auch gegen die "Schere im Kopf" der Politiker.

+++